



Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 2/2025

28. Januar 2025

Inhaltsverzeichnis

Dritte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Personalvertretungswahlenverordnung vom 6. Januar 2025 26

Zehnte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz vom 14. Januar 2025 31

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Sächsischen Landesschiedsstellenverordnung Rehabilitation vom 28. November 2024 33

Vierzehnte Verordnung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Oberes Osterzgebirge“ vom 2. Januar 2025 35

Inhaltsverzeichnis des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes Jahrgang 2024

Dritte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Sächsischen Personalvertretungswahlenverordnung Vom 6. Januar 2025

Auf Grund des § 92 Nummer 1 bis 6 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. August 2018 (SächsGVBl. S. 570) verordnet die Sächsische Staatsregierung:

Artikel 1 Änderung der Sächsischen Personalvertretungswahlenverordnung

Die Sächsische Personalvertretungswahlenverordnung vom 27. Januar 2011 (SächsGVBl. S. 2), die zuletzt durch die Verordnung vom 9. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 212) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 1 wird wie folgt gefasst:
„§ 1 Wahlvorstand, Wahlhelferinnen und Wahlhelfer“.
 - b) Die Angabe zu § 22 wird wie folgt gefasst:
„§ 22 Benachrichtigung der gewählten Bewerberinnen und Bewerber“.
 - c) Die Angaben zu den §§ 26 und 27 werden wie folgt gefasst:
„§ 26 Ermittlung der gewählten Gruppenvertreterinnen und Gruppenvertreter bei Gruppenwahl
§ 27 Ermittlung der gewählten Gruppenvertreterinnen und Gruppenvertreter bei gemeinsamer Wahl“.
 - d) Die Angaben zu den §§ 29 und 30 werden wie folgt gefasst:
„§ 29 Ermittlung der gewählten Bewerberinnen und Bewerber
§ 30 Wahl eines Personalratsmitglieds, einer Gruppenvertreterin oder eines Gruppenvertreters“.
 - e) Die Angabe zur Überschrift des Teils 3 wird wie folgt gefasst:
„Teil 3
Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie Referendariatsräte“.
 - f) Nach der Angabe zu § 46 wird die folgende Angabe eingefügt:
„§ 47 Wahl der Referendariatsräte“.
 - g) Die Angaben zu den §§ 47 und 48 werden die Angaben zu den §§ 48 und 49.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„§ 1
Wahlvorstand, Wahlhelferinnen und Wahlhelfer“.
 - b) Absatz 1 Satz 2 und 3 wird wie folgt gefasst:
„Er kann Wahlberechtigte im Einvernehmen mit der Dienststelle als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zu seiner Unterstützung bestellen (§ 23 Absatz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes). § 24 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes gilt auch für die Tätigkeit als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer.“
 - c) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Schreibkräfte“ durch das Wort „Büropersonal“ ersetzt.
 - d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „und deren Vertreter“ durch die Wörter „sowie ihrer Vertreterinnen und Vertreter“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 wird das Komma durch das Wort „sowie“ und die Angabe „§ 18 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SächsPersVG“ wird durch die Wörter „§ 18 Absatz 1 und § 19 Absatz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
3. In § 2 Absatz 2 werden die Wörter „Beamten und Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.
4. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede und jeder“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden die Wörter „dem Beschäftigten, der“ durch die Wörter „der oder dem Beschäftigten, die oder der“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 werden die Wörter „eines Wahlberechtigten“ durch die Wörter „einer oder eines Wahlberechtigten“ ersetzt.
5. § 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Vorabstimmungen über
 1. eine von § 17 Absatz 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes abweichende Verteilung der Mitglieder des Personalrats auf die Gruppen (§ 18 Absatz 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes),
 2. die Durchführung einer gemeinsamen Wahl (§ 19 Absatz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes),
 3. die Geltung von Nebenstellen oder Teilen einer Dienststelle als selbstständige Dienststelle (§ 6 Absatz 3 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes) oder
 4. die Geltung der organisatorischen Einheiten einer länderübergreifenden Dienststelle in einem Bundesland als selbstständige Dienststelle (§ 6 Absatz 6 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes)werden nur berücksichtigt, wenn ihr Ergebnis dem Wahlvorstand binnen acht Arbeitstagen seit der Bekanntgabe nach § 1 Absatz 3 vorliegt und dem Wahlvorstand glaubhaft gemacht wird, dass das Ergebnis unter Leitung eines aus drei Wahlberechtigten bestehenden Abstimmungsvorstands in geheimen und in den Fällen der Nummern 1 und 2 in nach Gruppen getrennten Abstimmungen zustande gekommen ist.“
6. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Der Wahlvorstand ermittelt die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Personalrats (§ 16 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes). Ist eine von § 17 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes abweichende Verteilung der Mitglieder des Personalrats auf die Gruppen (§ 18 Absatz 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes) nicht beschlossen worden, errechnet der Wahlvorstand die Verteilung der Personalratssitze

- auf die Gruppen (§ 17 Absatz 1 bis 4 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes) nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren.“
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Beamten und Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ und die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 wird jeweils die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ und jeweils die Angabe „SächsPersVG“ durch die Wörter „des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
7. § 6 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Nummern 2 und 3 werden wie folgt gefasst:
- „2. die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Personalrats, getrennt nach Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern,
3. Angaben darüber, ob die Beamtinnen und Beamten sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Vertreterinnen und Vertreter in getrennten Wahlgängen wählen (Gruppenwahl) oder ob eine gemeinsame Wahl beschlossen worden ist (§ 19 Absatz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes und § 4 Satz 1 Nummer 2),“.
- bb) In den Nummern 4, 8 und 9 werden jeweils die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ und jeweils die Angabe „SächsPersVG“ durch die Wörter „des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
- cc) In Nummer 10 wird die Angabe „SächsPersVG“ durch die Wörter „des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
- dd) In Nummer 12 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ und die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 werden die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ und die Angabe „SächsPersVG“ durch die Wörter „des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
8. § 8 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Im Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- bb) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Gruppenwahl“ die Wörter „Gruppenvertreterinnen und“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 und 3 wird jeweils das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „welcher“ durch das Wort „welche“ und das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „gilt“ die Wörter „die Unterzeichnerin oder“ und vor den Wörtern „der an“ die Wörter „die oder“ eingefügt.
9. § 9 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird das Wort „ihm“ durch das Wort „ihr“ und das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede und jeder“ und das Wort „seine“ durch die Wörter „ihre oder seine“ ersetzt.
10. § 10 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Nummer 1 wird die Angabe „Abs. 4 Satz 2“ durch die Wörter „Absatz 4 Satz 2 bis 4“ und die Angabe „SächsPersVG“ durch die Wörter „des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Der Wahlvorstand hat eine Bewerberin oder einen Bewerber, der mit ihrer oder seiner schriftlichen Zustimmung auf mehreren Vorschlagslisten benannt ist, schriftlich aufzufordern, binnen drei Arbeitstagen seit dem Zugang der Aufforderung zu erklären, auf welcher Vorschlagsliste sie oder er benannt bleiben will.“
- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Gibt“ die Wörter „die Bewerberin oder“ und nach dem Wort „wird“ die Wörter „sie oder“ eingefügt.
- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „einen Wahlberechtigten, der“ durch die Wörter „eine Wahlberechtigte oder einen Wahlberechtigten, die oder der“ und wird das Wort „er“ durch die Wörter „sie oder er“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Gibt“ die Wörter „die oder“ und nach dem Wort „zählt“ die Wörter „ihre oder“ eingefügt.
- d) In Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
11. § 11 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „keine“ die Wörter „Vertreterinnen oder“ eingefügt.
- b) In Absatz 3 Nummer 1 werden nach dem Wort „Gruppe“ die Wörter „keine Vertreterin oder“ eingefügt.
12. In § 13 Absatz 2 wird das Wort „Unterzeichner“ durch die Wörter „Unterzeichnerinnen und Unterzeichner“ ersetzt.
13. In § 14 Halbsatz 1 werden die Wörter „Teilnehmer und“ durch die Wörter „Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie“ ersetzt.
14. § 15 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ und das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 Nummer 2 werden nach dem Wort „Wille“ die Wörter „der Wählerin oder“ eingefügt.
- c) In Absatz 5 werden nach dem Wort „Hat“ die Wörter „die Wählerin oder“ und nach dem Wort „ist“ die Wörter „ihr oder“ eingefügt.
15. § 16 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „an“ die Wörter „die Wahlberechtigte oder“ und nach dem Wort „ob“ die Wörter „diese oder“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „dass“ die Wörter „die oder“ eingefügt.
- c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 werden die Wörter „Wahlvorstandes sowie Wahlhelfer“ durch die Wörter „Wahlvorstands sowie Wahlhelferinnen und Wahlhelfer“ ersetzt.
- bb) In Satz 3 werden die Wörter „des Wählers“ durch die Wörter „der Wählerin oder des Wählers“ ersetzt.

- d) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „ein Wahlhelfer“ durch die Wörter „eine Wahlhelferin oder ein Wahlhelfer“ ersetzt.
16. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Einer oder einem Wahlberechtigten, die oder der im Zeitpunkt der Wahl verhindert ist, ihre oder seine Stimme persönlich abzugeben, hat der Wahlvorstand auf ihr oder sein Verlangen auszuhändigen oder zu übersenden
1. den Stimmzettel und einen Wahlumschlag,
 2. eine vorgedruckte, von der Wählerin oder dem Wähler abzugebende Erklärung, in der diese oder dieser gegenüber dem Wahlvorstand versichert, dass sie oder er den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat, oder, soweit unter den Voraussetzungen des § 16 Absatz 5 erforderlich, durch eine Person ihres oder seines Vertrauens hat kennzeichnen lassen,
 3. einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstands und den Vermerk ‚Briefwahl‘ trägt,
 4. ein Merkblatt über die Art und Weise der Briefwahl.“
- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Die Wählerin oder der Wähler gibt ihre oder seine Stimme in der Weise ab, dass sie oder er
1. den Stimmzettel unbeobachtet persönlich kennzeichnet und gefaltet in den Wahlumschlag legt,
 2. die vorgedruckte Erklärung unter Angabe des Ortes und des Datums unterschreibt und
 3. den Wahlumschlag, in den der Stimmzettel gelegt ist, und hiervon getrennt die unterschriebene Erklärung (Absatz 1 Satz 1 Nummer 2) in dem zugegangenen Freiumschlag (Absatz 1 Satz 1 Nummer 3) verschließt und diesen so rechtzeitig an den Wahlvorstand absendet oder übergibt, dass er vor Abschluss der Stimmabgabe vorliegt.
- Die Wählerin oder der Wähler hat auf dem äußeren Umschlag den eigenen Namen und die eigene Anschrift anzugeben.“
17. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 6 Abs. 3 SächsPersVG“ durch die Wörter „§ 6 Absatz 3 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
- b) Folgender Satz wird angefügt:
- „Das Recht zur persönlichen Stimmabgabe wird durch die Anordnung der Briefwahl nicht berührt.“
18. In § 20 Absatz 3 Nummer 2 werden die Wörter „jeden einzelnen“ durch die Wörter „jede Bewerberin und jeden“ ersetzt.
19. § 21 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird das Wort „Wahlvorstandes“ durch das Wort „Wahlvorstands“ ersetzt.
- b) Satz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 4 werden die Wörter „auf jeden Bewerber“ durch die Wörter „auf jede Bewerberin und jeden Bewerber“ ersetzt.
- bb) In Nummer 6 werden die Wörter „Bewerber und“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber sowie“ ersetzt.
20. Die Überschrift des § 22 wird wie folgt gefasst:
- „§ 22
Benachrichtigung der gewählten Bewerberinnen und Bewerber“.
21. § 25 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „jeder Wähler“ durch die Wörter „jede Wählerin und jeder Wähler ihre oder“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Halbsatz 1 wird jeweils das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Die Wählerin oder der Wähler hat auf dem Stimmzettel die Vorschlagsliste anzukreuzen, für die sie oder er die eigene Stimme abgeben will.“
22. § 26 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift des § 26 wird wie folgt gefasst:
- „§ 26
Ermittlung der gewählten Gruppenvertreterinnen und Gruppenvertreter bei Gruppenwahl“.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ und die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
23. § 27 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift des § 27 wird wie folgt gefasst:
- „§ 27
Ermittlung der gewählten Gruppenvertreterinnen und Gruppenvertreter bei gemeinsamer Wahl“.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ und das Wort „Bewerbern“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
24. § 28 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Die Wählerin oder der Wähler hat auf dem Stimmzettel die Namen der Bewerberinnen und Bewerber anzukreuzen, für die sie oder er die eigene Stimme abgeben will.“
- c) Satz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Der Satzteil vor Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
- „Die Wählerin oder der Wähler darf“.
- bb) In Nummer 1 wird das Wort „Vertreter“ durch die Wörter „Vertreterinnen und Vertreter“ ersetzt.
25. § 29 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift des § 29 wird wie folgt gefasst:
- „§ 29
Ermittlung der gewählten Bewerberinnen und Bewerber“.
- b) In Absatz 1 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 wird das Wort „Bewerbern“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.

26. § 30 wird wie folgt geändert:
- Die Überschrift des § 30 wird wie folgt gefasst:
 „§ 30
 Wahl eines Personalratsmitglieds, einer Gruppenvertreterin oder eines Gruppenvertreters“.
 - In Absatz 1 Nummer 1 werden nach dem Wort „nur“ die Wörter „eine Vertreterin oder“ eingefügt.
 - In Absatz 2 wird das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
 - Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
 „(3) Die Wählerin oder der Wähler hat auf dem Stimmzettel den Namen der Bewerberin oder des Bewerbers anzukreuzen, dem sie oder er die eigene Stimme geben will.“
 - Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 „Gewählt ist die Bewerberin oder der Bewerber, die oder der die meisten Stimmen erhalten hat.“
27. In § 34 Absatz 2 wird jeweils die Angabe „SächsPersVG“ durch die Wörter „des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ und jeweils die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
28. In § 40 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1 wird jeweils das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
29. In § 43 Absatz 1 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „den Dienststellenleiter“ durch die Wörter „die Dienststellenleiterin oder den Dienststellenleiter“ ersetzt.
30. § 45 wird wie folgt geändert:
- Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 „(1) Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung gelten die §§ 1 bis 3, 6 bis 25, 28 und 30 entsprechend mit der Maßgabe, dass sich die Zahl der zu wählenden Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter aus § 60 Absatz 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes ergibt und dass die Vorschriften über die Gruppenwahl, den Minderheitenschutz und die Zusammenfassung der Bewerberinnen und Bewerber in den Vorschlagslisten nach Gruppen (§ 8 Absatz 2 Satz 3) keine Anwendung finden.“
 - In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „und Auszubildendenvertreter“ durch die Wörter „sowie Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter“ ersetzt.
 - In Absatz 3 werden die Wörter „und Auszubildendenvertreter“ durch die Wörter „sowie Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter“ und das Wort „Bewerber“ durch die Wörter „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
 - Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - In Satz 1 wird die Angabe „§ 61 Abs. 2 SächsPersVG“ durch die Wörter „§ 61 Absatz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
 - Satz 3 Nummer 2 bis 10 wird wie folgt gefasst:
 „2. dass eine Vertreterin oder ein Vertreter für die Jugend- und Auszubildendenvertretung nach den Grundsätzen der Personenwahl mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird,
 3. die Angaben, wo und wann der Abdruck des Wählerverzeichnisses, das Sächsische Personalvertretungsgesetz und diese Verordnung zur Einsicht ausliegen, sowie im Fall der Bekanntmachung in elektronischer Form, wo und wie von dem Wählerverzeichnis, dem Gesetz und der Verordnung Kenntnis genommen werden kann, den Hinweis, dass nur Beschäftigte wählen können, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind,
 5. den Hinweis, dass Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis bis zehn Arbeitstage vor Beginn der Stimmabgabe schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden können (§ 3 Absatz 1),
 6. die Aufforderung, Vorschlagslisten binnen zehn Arbeitstagen nach der Einberufung der Wahlversammlung beim Wahlvorstand einzureichen (§ 19 Absatz 4 Satz 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes); der letzte Tag der Einreichungsfrist ist anzugeben,
 7. den Hinweis, dass jede und jeder Wahlberechtigte für die Wahl des Personalrats nur auf einer Vorschlagsliste benannt werden kann (§ 19 Absatz 8 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes),
 8. den Hinweis, dass Vorschlagslisten einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft von zwei Beauftragten unterzeichnet sein müssen (§ 19 Absatz 7 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes),
 9. den Hinweis, dass nach Einreichung der Vorschlagsliste Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ihre Unterschrift nicht widerrufen können (§ 9 Absatz 2),
 10. den Hinweis, dass Bewerberinnen und Bewerber ihre Zustimmung bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses nicht widerrufen können (§ 9 Absatz 1),“.
31. § 46 wird wie folgt geändert:
- Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - In Satz 1 wird die Angabe „§ 64 Abs. 1 SächsPersVG“ durch die Wörter „§ 64 Absatz 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
 - In Satz 2 wird die Angabe „§ 58 Abs. 1 SächsPersVG“ durch die Wörter „§ 58 Absatz 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
 - In Satz 5 werden die Angabe „§ 58 SächsPersVG“ durch die Wörter „§ 58 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ und die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
 - In Absatz 2 wird die Angabe „§ 64 Abs. 2 SächsPersVG“ durch die Wörter „§ 64 Absatz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes“ ersetzt.
32. Die Überschrift des Teils 3 wird wie folgt gefasst:
 „Teil 3
 Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie Referendariatsräte“.
33. Nach § 46 wird folgender § 47 eingefügt:
 „§ 47
 Wahl der Referendariatsräte
 (1) Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Referendariatsräte gelten die §§ 1 bis 5 Absatz 1 Satz 1 sowie die §§ 6 bis 25, 28 und 30 vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 entsprechend.
 (2) Die Vorschriften über die Gruppenwahl sind nicht anzuwenden.“

(3) § 16 Absatz 6 Satz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Wahlvorstand beschließen kann, dass die Anwesenheit eines Mitglieds des Wahlvorstands, einer Wahlhelferin oder eines Wahlhelfers sowie die Anwesenheit eines oder einer sonstigen Beschäftigten der Stammdienststelle oder eines Amtsgerichts genügt.

(4) Als Verhinderung im Sinne des § 17 Absatz 1 Satz 1 gilt es auch, wenn die oder der Wahlberechtigte für die Dauer der Wahl in den Räumen derjenigen Dienststelle, in deren Räumen die Wahl stattfindet, keine dienstlichen Aufgaben wahrzunehmen und keinen Anwesenheitspflichten nachzukommen hat.

(5) Sind mehrere Mitglieder eines Referendariatsrats zu wählen und ist die Wahl aufgrund mehrerer Vorschlagslisten durchgeführt worden, werden die Summen der auf die einzelnen Vorschlagslisten entfallenen Stimmen nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 und so weiter geteilt. Auf die jeweilige Höchstzahl wird so lange ein Sitz zugeteilt, bis alle Sitze verteilt sind. § 26 Absatz 1 Satz 3 sowie Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.

(6) Sind mehrere Mitglieder eines Referendariatsrats zu wählen und ist die Wahl aufgrund einer Vorschlags-

liste durchgeführt worden, sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenen Stimmen gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.“

34. Die bisherigen §§ 47 und 48 werden die §§ 48 und 49.

Artikel 2

Bekanntmachungserlaubnis

Das Staatsministerium des Innern kann den Wortlaut der Sächsischen Personalvertretungswahlenverordnung in der vom 29. Januar 2025 an geltenden Fassung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt machen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 6. Januar 2025

Der Ministerpräsident
Michael Kretschmer

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Zehnte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz

Vom 14. Januar 2025

Auf Grund

- des § 46e Absatz 1 Satz 3, Absatz 1a Satz 4 und Absatz 3 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 112 Absatz 4 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), von denen § 46e Absatz 1 Satz 3 durch Artikel 4 Nummer 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2122) geändert, § 46e Absatz 1a Satz 4 durch Artikel 16 Nummer 3 Buchstabe c des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) sowie § 46e Absatz 3 Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 22 Nummer 2 und § 112 Absatz 4 Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 22 Nummer 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt worden ist,
- des § 32 Absatz 1 Satz 4, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 1a Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), von denen Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) sowie Absatz 1a Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt worden ist,
- des § 15 Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) neu gefasst worden ist,
- des § 52b Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 4 und Absatz 1b Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 162 Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 der Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262; 2002 I S. 679), von denen § 52b Absatz 1 Satz 4 durch Artikel 3 Nummer 2 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837), § 52b Absatz 1a Satz 4 durch Artikel 22 Nummer 4 Buchstabe b des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) und § 52b Absatz 1b Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 31 Nummer 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt sowie § 162 Absatz 2 Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 31 Nummer 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) neu gefasst worden ist,
- des § 14 Absatz 4 Satz 3, Absatz 4a Satz 4 und Absatz 6 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 14 Absatz 8 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), von denen Absatz 4a Satz 4 durch Artikel 13 Nummer 3 Buchstabe d des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) sowie Absatz 6 Satz 1, 2 und 4 und Absatz 8 Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 17 Nummer 1 Buchstabe d des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt worden ist,
- des § 110a Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 110a Absatz 1c Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 110a Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), von denen Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 Satz 2 durch Artikel 8 Nummer 13 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) neu gefasst sowie Absatz 1a Satz 1, 2 und 4 und Absatz 1c Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 8 Nummer 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt worden ist,
- des § 65b Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 4 und Absatz 1b Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 211 Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), von denen § 65b Absatz 1 Satz 4 durch Artikel 4 Nummer 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837), § 65b Absatz 1a Satz 4 durch Artikel 18 Nummer 2 Buchstabe b des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) und § 65b Absatz 1b Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 25 Nummer 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt sowie § 211 Absatz 2 Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 25 Nummer 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) neu gefasst worden ist,
- des § 55b Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 4 und Absatz 1b Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 177 Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), von denen § 55b Absatz 1 Satz 4 durch Artikel 2 Nummer 2 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837), § 55b Absatz 1a Satz 4 durch Artikel 20 Nummer 2 Buchstabe b des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) und § 55b Absatz 1b Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 28 Nummer 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt sowie § 177 Absatz 2 Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 28 Nummer 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) neu gefasst worden ist,
- des § 298a Absatz 1 Satz 3, Absatz 1a Satz 4 und Absatz 3 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 722 Absatz 4 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 der Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), von denen § 298a Absatz 1a Satz 4 durch Artikel 11 Nummer 4 Buchstabe c des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208), § 298a Absatz 3 Satz 1, 2 und 4 durch Artikel 13 Nummer 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) sowie § 722 Absatz 4 Satz 1 und 2 durch Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe b des Gesetzes vom 7. November 2022 (BGBl. I S. 1982) in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 15. August 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 216) eingefügt worden ist,
- des § 43 Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch Artikel 14 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) neu gefasst worden ist,
- des § 110a Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 3 in Verbindung mit Satz 1 und 2, des § 110a Absatz 1c Satz 3 in Verbindung mit Satz 1 und 2 sowie des § 110a Absatz 2 Satz 2 des Strafvollzugsgesetzes vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 581, 2088; 1977 I S. 436), von denen Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 Satz 2 durch Artikel 5 Nummer 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208)

sowie Absatz 1a Satz 1 bis 3 und Absatz 1c Satz 1 bis 3 durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt worden ist,

- des § 77b Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit Satz 1 und 4, Absatz 1 sowie Absatz 2 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1994, von denen Absatz 1 durch Artikel 20 Nummer 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) geändert sowie Absatz 2 und 3 Satz 1, 3 und 4 durch Artikel 20 Nummer 2 Buchstabe b des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) eingefügt worden ist,
 - des § 19 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), dessen Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 12 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130, 556) eingefügt worden ist,
 - des § 83 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 des Asylgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), der durch Artikel 1 Nummer 30 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) eingefügt worden ist,
- verordnet die Staatsregierung:

Artikel 1 Änderung der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz

§ 1 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2014 (SächsGVBl. S. 673), die zuletzt durch die Verordnung vom 27. Februar 2024 (SächsGVBl. S. 178) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 5 werden die Wörter „§ 46e Absatz 1 Satz 2 und 4 sowie Absatz 1a Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 46e Absatz 1 Satz 2 und 4, Absatz 1a Satz 2 und 3 sowie Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie § 112 Absatz 4 Satz 1 und 2“ ersetzt.
2. In Nummer 14 werden die Wörter „§ 32 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 Satz 1“ durch die Wörter „§ 32 Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 1a Satz 1 und 2 sowie Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.
3. In Nummer 15 werden die Wörter „§ 52b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 sowie Absatz 1a Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 52b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5, Absatz 1a Satz 2 und 3 sowie Absatz 1b Satz 1 und 2 sowie § 162 Absatz 2 Satz 1 und 2“ ersetzt.
4. In Nummer 16 werden die Wörter „§ 14 Absatz 4 Satz 1, 2, 4 und 5 sowie Absatz 4a Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 14 Absatz 4 Satz 1, 2, 4 und 5, Absatz 4a Satz 2 und 3, Absatz 6 Satz 1 und 2 sowie Absatz 8 Satz 1 und 2“ ersetzt.
5. In Nummer 34 werden die Wörter „§ 110a Absatz 1 Satz 2 und 3 und Absatz 2 Satz 1“ durch die Wörter „§ 110a Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 1a Satz 1 und 2, Absatz 1c Satz 1 und 2 sowie Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.
6. In Nummer 38 werden die Wörter „§ 65b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 sowie Absatz 1a Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 65b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5, Absatz 1a Satz 2 und 3 sowie Absatz 1b Satz 1 und 2 sowie § 211 Absatz 2 Satz 1 und 2“ ersetzt.
7. In Nummer 44 werden die Wörter „§ 55b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5 sowie Absatz 1a Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 55b Absatz 1 Satz 2, 3 und 5, Absatz 1a Satz 2 und 3 sowie Absatz 1b Satz 1 und 2 sowie § 177 Absatz 2 Satz 1 und 2“ ersetzt.
8. In Nummer 49 werden die Wörter „§ 298a Abs. 1 Satz 2 und 4 sowie Absatz 1a Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 298a Absatz 1 Satz 2 und 4, Absatz 1a Satz 2 und 3 sowie Absatz 3 Satz 1 und 2“ ersetzt und nach der Angabe „§ 703c Abs. 3 Halbsatz 1“ ein Komma und die Wörter „§ 722 Absatz 4 Satz 1“ eingefügt.
9. Nummer 51 wird aufgehoben.
10. In Nummer 56 werden die Wörter „§ 110a Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 Satz 1“ durch die Wörter „§ 110a Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 1a Satz 1 und 2, Absatz 1c Satz 1 und 2 sowie Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.
11. In Nummer 57 werden die Wörter „§ 77b Satz 1, 3 und 4“ durch die Wörter „§ 77b Absatz 3 Satz 1 und 4 jeweils in Verbindung mit Absatz 1 sowie Absatz 2 Nummer 1 und 2“ ersetzt.
12. In Nummer 60 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.
13. Nach Nummer 60 werden die folgenden Nummern 61 und 62 eingefügt:
 - „61. die Ermächtigung nach § 15 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234) geändert worden ist;
 - 62. die Ermächtigung nach § 43 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 302) geändert worden ist.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 14. Januar 2025

Der Ministerpräsident
Michael Kretschmer

Die Staatsministerin der Justiz
Prof. Constanze Geiert

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Sächsischen Landesschiedsstellenverordnung Rehabilitation

Vom 28. November 2024

Auf Grund des § 111b Absatz 5 Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482) in Verbindung mit § 4 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Februar 2024 (SächsGVBl. S. 146) verordnet das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt:

Artikel 1 Änderung der Sächsischen Landesschiedsstellenverordnung Rehabilitation

Die Sächsische Landesschiedsstellenverordnung Rehabilitation vom 7. Januar 2015 (SächsGVBl. S. 174) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Verbraucherschutz“ durch die Wörter „Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ ersetzt.
2. In § 1 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Absätze 2 und 3“ durch die Wörter „Absätze 1 und 2“ ersetzt.
3. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. jeweils bis zu drei Vertreterinnen oder Vertreter der Vertragsparteien jeweils in gleicher Anzahl in den Fällen nach § 111 Absatz 2 oder Absatz 5 Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, jeweils auch in Verbindung mit § 111a Absatz 1 Satz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, oder im Fall ambulanter Rehabilitationseinrichtungen nach § 111c Absatz 1 oder Absatz 3 Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (übrige Mitglieder).“
 - bb) In Satz 2 werden vor dem Wort „Vergütungsvereinbarung“ die Wörter „Versorgungs- oder“ eingefügt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „ein Stellvertreter“ durch die Wörter „eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „Stellvertreter“ durch das Wort „Stellvertreterinnen oder Stellvertreter“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 wird das Wort „Stellvertreter“ durch das Wort „Stellvertreterinnen oder Stellvertreter“ ersetzt.
4. In § 3 wird das Wort „Verbraucherschutz“ durch die Wörter „Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ ersetzt.
5. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In § 6 Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „ist ein Nachfolger zu benennen“ durch die Wörter „hat diese Vertragspartei unverzüglich eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu benennen“ ersetzt.
 - b) Dem § 6 Absatz 3 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Die Verbände, welche das unparteiische Mitglied bestellt hatten, haben dieses Amt unverzüglich nachzubesetzen.“
6. § 7 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Ist ein Mitglied verhindert, hat es seine Stellvertreterin oder seinen Stellvertreter und die Geschäftsstelle unverzüglich zu benachrichtigen.“
7. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder in Textform“ eingefügt.
 - b) In Absatz 4 werden nach Satz 2 folgende Sätze 3 bis 5 angefügt:

„Das vorsitzende Mitglied kann bestimmen, dass die mündliche Verhandlung ausschließlich oder teilweise über Wege der elektronischen Kommunikation durch geeignete technische Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Video- oder Webkonferenztechnik, durchgeführt wird. Die Teilnahme mittels elektronischer Kommunikation steht der persönlichen Anwesenheit gleich. Die über Wege der elektronischen Kommunikation an den Verhandlungen der Landesschiedsstelle teilnehmenden Mitglieder der Landesschiedsstelle haben sicherzustellen, dass bei ihnen keine unbefugten Dritten die Sitzung verfolgen können.“
8. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „anwesend sind“ die Wörter „oder über Wege der elektronischen Kommunikation an der Sitzung teilnehmen“ eingefügt.
 - b) In Absatz 4 werden vor dem Wort „Vergütungsvereinbarung“ die Wörter „Versorgungs- oder“ eingefügt.
9. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:

„Zu den Verfahrenskosten gehören insbesondere

 1. auf das Verfahren entfallende Sach- und Personalausgaben der Geschäftsstelle
 2. Aufwandsentschädigung und Reisekosten des vorsitzenden Mitglieds und der unparteiischen Mitglieder sowie
 3. sonstige Auslagen.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Für die Festsetzung des Inhalts einer Versorgungs- oder Vergütungsvereinbarung wird eine Gebühr von 1 200 Euro bis 8 000 Euro erhoben. Wird das Schiedsverfahren durch Einigung aufgrund eines Vermittlungsvorschlags erledigt, wird

eine Gebühr von 1 000 Euro bis 4 000 Euro erheben. Wird das Schiedsverfahren in anderer Weise erledigt, wird eine Gebühr von 1 000 Euro erhoben. In der Geschäftsordnung der Landesschiedsstelle können im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde andere Gebührensätze festgelegt werden.“

- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Wörter „zu gleichen Teilen“ gestrichen.
 - bb) Nach Satz 1 werden folgende Sätze 2 und 3 eingefügt:
„Für die Entscheidung über die Gebühren- und Kostentragungspflicht gelten § 154 Absatz 1

und § 155 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend. Das vorsitzende Mitglied entscheidet über die Kostenverteilung.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 28. November 2024

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Vierzehnte Verordnung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Oberes Osterzgebirge“

Vom 2. Januar 2025

Auf Grund von § 20 Absatz 2 Nummer 4, §§ 26 und 22 Absatz 2 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie §§ 13 und 20 des Sächsischen Naturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch das Gesetz vom 22. Juli 2024 (SächsGVBl. S. 672) geändert worden ist, in Verbindung mit § 47 Absatz 1, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Absatz 4 und § 46 Absatz 1 Nummer 3 des Sächsischen Naturschutzgesetzes, wird verordnet:

§ 1

Erklärung zum Ausgliederungsgebiet

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche auf dem Gebiet der Stadt Altenberg, Gemarkung Altenberg, Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, wird aus dem Landschaftsschutzgebiet „Oberes Osterzgebirge“ ausgegliedert.

§ 2

Ausgliederungsgegenstand

(1) Das Ausgliederungsgebiet umfasst eine Größe von circa 14,39 ha. Es beinhaltet auf dem Gebiet der Gemarkung

Altenberg die Flurstücke 344 teilweise, 346/11 teilweise, 348/1 teilweise, 349, 350/1 350/2, 352/2 teilweise, 352/3 teilweise, 955/3, 955/9, 955/10, 955/11, 955/12 teilweise, 956/1, 956/2, 957, 958, 959/3, 959/4, 959/5, 959/6, 960, 961/3 teilweise, 961/4 teilweise, 962/2, 963, 964, 971 teilweise, 972 teilweise, 974/3, 974/5 teilweise.

(2) Das Ausgliederungsgebiet ist in einer Liegenschaftskarte des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge vom 2. Januar 2025 im Maßstab 1: 4 000 rot umgrenzt eingetragen. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienmitte der Grenzeintragung auf der Liegenschaftskarte. Die Karte ist Bestandteil der Verordnung.

(3) Die Verordnung mit Karte ist beim Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Abteilung Umwelt, Referat Naturschutz, zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

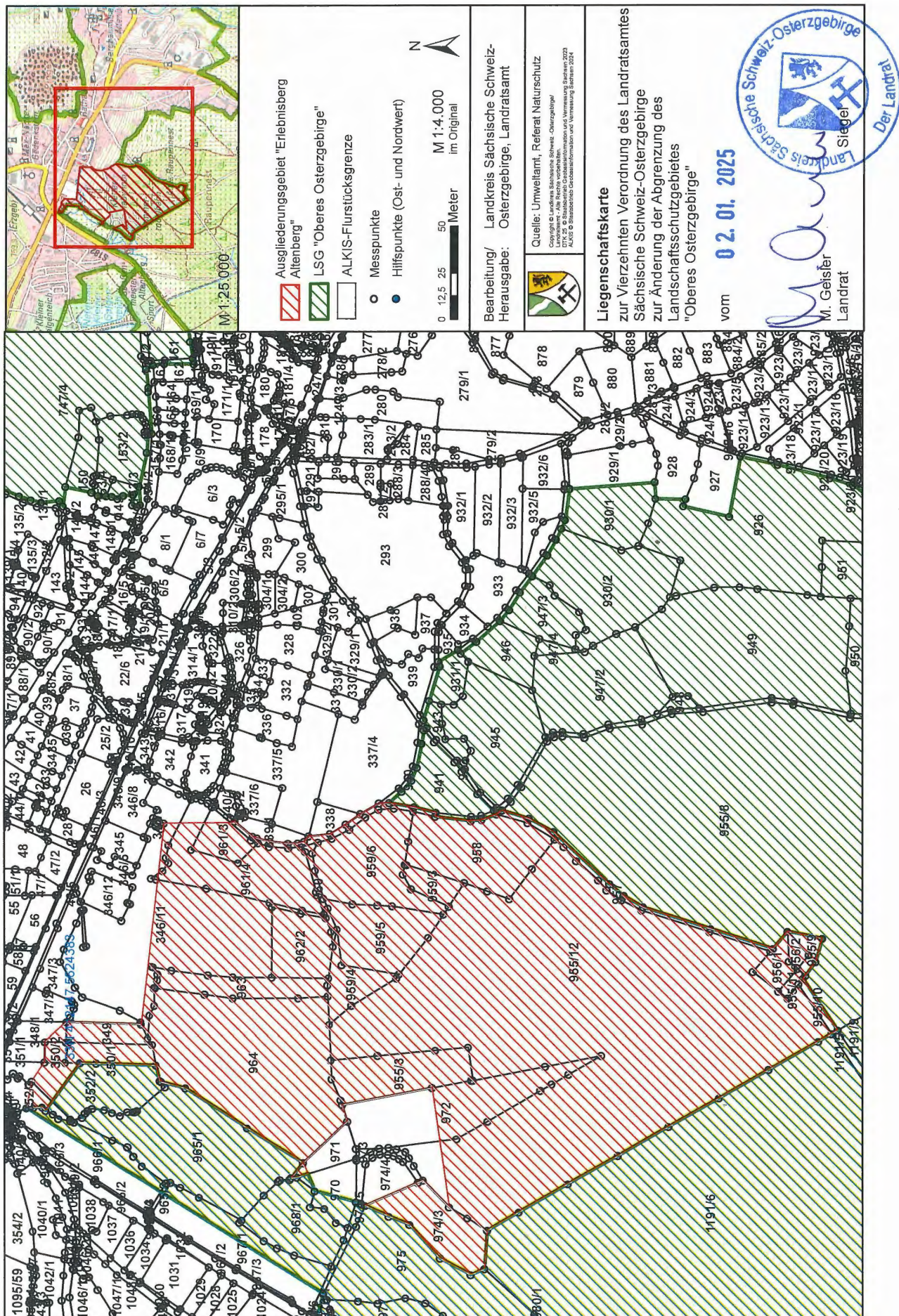
§ 3

Inkrafttreten

Die Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Pirna, den 2. Januar 2025

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Geisler
Landrat



Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 26 0
Telefax: 0351 485 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:


Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

20. Januar 2025

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 97,32 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 26,90 Euro Postversand) bzw. 71,51 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,67 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73796 CLASSIC+4 Pressepost **Deutsche Post** 

Mitteilung des SV SAXONIA Verlages für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH zum Bezugspreis 2025

Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 97,32 Euro (gedruckte Ausgabe zuzüglich 26,90 Euro Postversand) bezie-

hungsweise 71,51 Euro (elektronische Ausgabe) aufgrund Vereinbarung vom 2. Januar 2025 mit dem Freistaat Sachsen als Konzessionsgeber.